



**Dr. Stefan Kaufmann**

13/2015  
10.07.2015

## Brief aus Berlin

**CDU**

### Liebe Leserinnen und Leser,

in Berlin hat zwar mit Beginn der Sommerferien-Periode die parlamentarische Sommerpause begonnen; im Wahlkreis jedoch jagt ein Termin den anderen. Ich nutze die Zeit vor Beginn der Ferien in Baden-Württemberg gerne, um Schulen, Unternehmen, Verbände und Einrichtungen zu besuchen. Auch für die vielen Bürgeranliegen, die an mich herangetragen werden, bleibt etwas mehr Zeit. Die Berliner Themen bleiben aber nicht liegen; sie beschäftigen mich auch in der Sommerpause weiter. Und natürlich spielt die Frage, wie es mit Griechenland weitergeht, in fast jedem Gespräch eine Rolle. Da ist es umso erfreulicher, wenn man vor Ort bei der Lösung kleinerer Probleme konkret helfen kann. Weiter beschäftigen wird uns während der Sommerpause auch das Thema Flüchtlingshilfe und – speziell hier in Baden-Württemberg – die Reform des Erbschaftssteuerrechts. Ich gebe gerne zu, dass ich hier mit dem Entwurf aus dem Bundesfinanzministerium noch nicht glücklich bin. Die heftige Kritik vieler Familienunternehmer, die langwierige und lähmende Auseinandersetzungen mit den Finanzbehörden um Unternehmensbewertungen befürchten, muss uns zu denken geben.

Ich wünsche Ihnen jedenfalls ein paar erholsame Sommerwochen und – falls geplant – einen schönen Urlaub! Ich melde mich dann im Laufe der nächsten Wochen mit einem Sommer-Spezial im Form eines „Brief aus Stuttgart“ wieder bei Ihnen!

**In diesem Sinne grüßt Sie herzlich**

Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Fortsetzung der Debatte zur Sterbebegleitung

**Berlin** – Nach der Orientierungsdebatte im November des vergangenen Jahres haben wir am Donnerstagvormittag, 2. Juli, die Beratungen zum schwierigen Thema Sterbebegleitung fortgesetzt. In der Kernzeitdebatte haben wir vier von Abgeordnetengruppen fraktionsübergreifend erarbeitete Gesetzentwürfe diskutiert, die im Nachgang zur Orientierungsdebatte entstanden sind. Im Mittelpunkt der diskutierten Regelung steht die Frage nach dem assistierten Suizid – also der Frage, wer sterbewilligen Menschen unter welchen Umständen helfen darf. Nicht diskutiert wird eine aktive Sterbehilfe – also eine Tötung auf Verlangen. Sie steht in Deutschland unter Strafe. Bundestagspräsident Norbert Lammert bezeichnete die Beratungen als eines der anspruchsvollsten und schwierigsten Gesetzesvorhaben in dieser Wahlperiode. Es gehe um die Frage, wie der Staat seiner unaufgebaren Verpflichtung zum Schutz des Lebens und der Menschenwürde nachkomme. Mit Blick auf den in dieser Frage aufgehobenen Fraktionszwang unterstrich der Bundestagspräsident, dass die Antwort auf mit diesem Thema zusammenhängende Fragen nur jeder Abgeordnete für sich finden könne. Voraussichtlich im November werden wir diese Frage im Bundestag entscheiden. Zuvor stehen die Beratungen in den zuständigen

Fachausschüssen des Bundestages an. Die Entscheidung ist für jede Kollegin und jeden Kollegen eine wohlabgewogene Gewissensentscheidung. In vielen Gesprächen im Bundestag, aber auch mit Menschen in meinem Stuttgarter Wahlkreis habe ich mich eingehend mit dieser schwierigen Frage beschäftigt. Die Debatte habe ich als sehr differenziert und sachlich erlebt; sie war getragen von dem Respekt vor unterschiedlichen Meinungen. Ich selbst habe den von einer fraktionsübergreifenden Gruppe um meinen Fraktionskollegen Michael Brand, den Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestages, erarbeiteten Gesetzentwurf mitgetragen. Demnach soll künftig jede geschäftsmäßige Förderung der Suizidbeihilfe unter Strafe gestellt werden. Dieser Gesetzentwurf wird von mehr als 200 Abgeordneten aus CDU/CSU, SPD, Grünen und Linken unterstützt. Er zielt gegen Vereine und auch Einzelpersonen, die auf Wiederholung ausgerichtet zum Beispiel Schwerkranken Beihilfe zum Suizid durch Beschaffung eines Medikaments anbieten. In der Debatte beschrieb Michael Brand das Leitmotiv des Antrags: „Sterben an der Hand und nicht durch die Hand eines Mitmenschen.“ Suizidbeihilfe dürfe

nicht zu einer der „regulären Optionen ärztlichen Handelns werden“. Geschäftsmäßige, auf Wiederholung angelegte Sterbehilfe solle verboten, der Freiraum des Arztes aber wie bisher belassen werden. Sterbenden solle man das Leiden nehmen, nicht das Leben. Auch wenn ich zu den Beratungen einen Gesetzentwurf unterstützt habe, stelle ich mir nach wie vor die Frage, ob diese individuell höchst unterschiedlichen Grenzbereiche des Lebens gesetzlich reguliert werden sollen, ob sie gesetzlich reguliert werden können. Hier geben mir auch die Worte der Vorsitzenden des Deutschen Ethikrates Christiane Woopen zu denken, die auf das große Spektrum an weltanschaulich unterschiedlichen Positionen zu dem Thema hingewiesen hat. Diese in einem Gesetz angemessen abzubilden, sei „ausgesprochen schwierig“. Deshalb halte ich den Entwurf der Gruppe um Michael Brand für einen guten Weg der Mitte, der geschäftsmäßige Sterbehilfe verbietet und individuelle Freiräume belässt. Meine Gewissensentscheidung in dieser Frage werde ich mir nicht leicht machen.

*Einen guten Überblick über die vorliegenden Anträge bietet eine aktuelle Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Titel „Suizidbeihilfe: Was soll geregelt werden?“, die es hier zum Abruf gibt: <http://bit.ly/1C2lmmr>*

*Der auch von mir mitgetragenen „Entwurf eines Gesetzes zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ kann hier abgerufen werden: <http://bit.ly/1IQo7Vh>*

Die Deutschen zeigen sich offen für eine Neuregelung der Sterbehilfe. Laut ARD-DeutschlandTrend vom 2. Juli sprechen sich 38 Prozent der Befragten dafür aus, die Beihilfe zur Selbsttötung zu erlauben. 43 Prozent plädieren sogar dafür, aktive Sterbehilfe zu erlauben. 12 Prozent lehnen beide Formen der Sterbehilfe grundsätzlich ab.

## Griechische Staatsschuldenkrise beherrscht die Plenarwoche im Bundestag

**Berlin** – Bestimmendes Thema der letzten Plenarwoche vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause war – wieder einmal – die Griechenland-Krise. So haben wir uns unter anderem in einer

Sonderfraktionssitzung am Montag, in der ordentlichen Fraktionssitzung am Dienstag und in einer Plenardebatte am Mittwoch, 1. Juli, mit diesem Thema beschäftigt. Die Verhandlungsführung

durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in der Fraktion große Zustimmung erfahren. Wir haben jedoch auch deutlich gemacht, dass die [...]

## Brief aus Berlin

CDU



Bundeskanzlerin Angela Merkel während ihrer Rede zu Griechenland © CDU/CSU-Fraktion/Tobias Koch

[...] Verantwortung für die schwierige Lage nicht bei den 18 Staaten der Euro-Gruppe, sondern allein bei der griechischen Regierung liegt. Sie hat die Verhandlungen abgebrochen. Sie wollte das Prinzip von Leistung und Gegenleistung durchbrechen. Sie wollte im Grunde ein Europa der unbegrenzten und bedingungslosen Transferzahlungen. Mit der Unionsfraktion gibt es das nicht. Wir haben daher Wolfgang Schäuble und den Finanzministern der Euro-Gruppe ausdrücklich den Rücken gestärkt. In der Fraktion hat die aktuelle griechische Regierung praktisch jede Glaubwürdigkeit verspielt. Das ist mir in unseren Sitzungen, aber auch in den Gesprächen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Laufe der Sitzungswoche sehr deutlich geworden. Gleichzeitig gibt es in der Fraktion eine große Solidarität mit den Menschen in Griechenland. Sie können weiter auf unsere Unterstützung zählen. Doch ist Solidarität eben keine Einbahnstraße – es braucht den Willen zu Refor-

men. Andere Mitgliedstaaten haben vorgemacht, wie es geht. Die aktuelle griechische Regierung hat viel Vertrauen zerstört und mit ihrer Taktiererei, die im Ansetzen des Referendums gipfelte, die Werte-, Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft Europa geradezu verhöhnt. Dies hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch im Plenum deutlich gemacht. Sie sagte jedoch auch: „Die Tür für Verhandlungen war immer offen und bleibt immer offen.“ Außerdem unterstrich sie: „Ein Kompromiss um jeden Preis darf es nicht geben.“ Denn: „Ein guter Europäer ist nicht der, der eine Einigung um jeden Preis sucht. Ein guter Europäer ist vielmehr der, der die europäischen Verträge und das jeweilige nationale Recht achtet und auf diese Weise hilft, dass die Stabilität der Eurozone keinen Schaden nimmt.“ Dies sollte uns bei der weiteren Diskussion leiten. Als Fraktion haben wir das Thema Griechenland weiter fest im Blick und halten an unserem Prinzip von Leistung und Gegenleistung fest. Mit dem Referendum hat die griechische Regierung die europäische Spaltung vorangetrieben. Ministerpräsident Tsipras hat sich auch am Mittwoch, 8. Juli, vor dem Europäischen Parlament eher wenig entgegenkommend gezeigt. Die deutlichen Worte unseres

„Die Tür für Verhandlungen war immer offen und bleibt immer offen.“  
Bundeskanzlerin Angela Merkel

EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, aber auch des Vorsitzenden der ALDE-Fraktion Guy Verhofstadt, an die Adresse des griechischen Ministerpräsidenten im Europaparlament habe ich als sehr wohltuend empfunden. Ich möchte ganz offen sein: mein Vertrauen in die griechische Regierung geht inzwischen gegen Null. Statt Ankündigungen bräuchte es konkrete, tatkräftige Reformschritte, um neues Vertrauen fassen zu können – sei es bei der Steuerverwaltung, dem Katasterwesen oder auch der Korruption beziehungsweise dem Nepotismus. An meinem Eindruck, dass es in der Fraktion sehr schwierig sein dürfte, eine Mehrheit für ein weiteres Rettungspaket zu erreichen, hat sich nichts geändert. Unser für Europapolitik zuständiger Fraktionsvize Hans-Peter Friedrich hat dazu in der Rheinischen Post gesagt, er kenne „keinen einzigen Kollegen“, der eine Basis für ein drittes Hilfspaket sehe. Ohne vertrauensbildende Maßnahmen kann ich mir nur schwer vorstellen, auch nur einem Verhandlungsmandat des Bundestages für ein weiteres Rettungspaket zuzustimmen. Der Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs am Sonntag wird Klarheit über den weiteren Weg bringen, den Griechenland nehmen wird.

## 70 Jahre Volkspartei: Herzlichen Glückwunsch, CDU!

Berlin – Gefeierte wurde letzte Woche in Berlin das 70. Gründungsjubiläum der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bei der zentralen Festveranstaltung in Berlin erinnerten mehr als 500 Gäste an die Gründung der CDU vor 70 Jahren. Als ein zentraler Moment gilt der Berliner Gründungsauftritt vom 26. Juni 1945.

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hob in ihrer Rede den klaren Kompass und Mut der Gründungsväter hervor. „Mut ist auch die Bereitschaft immer wieder etwas zu verändern.“ Das sei der Anspruch der CDU vor 70 Jahren gewesen und bleibe es auch heute und in Zukunft. Die CDU Stuttgart wurde übrigens

am 25. September 1945 gegründet. Dieses Jubiläum wollen wir im Rahmen unserer traditionellen Festveranstaltung anlässlich des Tags der Deutschen Einheit am 3. Oktober sowie mit einem Festabend gebührend würdigen!

Informationen zur Geschichte der CDU Stuttgart gibt es hier: <http://bit.ly/1LM32Bp>

 Besuchen Sie mich auf Facebook!  
Auf Facebook finden Sie mich unter: [www.facebook.com/StefanKaufmannMdB](http://www.facebook.com/StefanKaufmannMdB)

## Praktikum beim MdB



Mit Sven Sommer im Paul-Löbe-Haus des Bundestages in Berlin.

Stuttgart/Berlin – In den letzten zwei Wochen hat mich Sven Sommer als Praktikant in meiner Arbeit in Stuttgart und Berlin unterstützt. Er ist sehr an der Politik interessiert und wollte meinen Arbeitsalltag und das politische Tagesgeschäft kennenlernen, um für sich selbst festzustellen, inwiefern sein weiterer beruflicher Lebensweg in diese Richtung führen könnte. Während der ersten Woche im Stuttgarter Wahlkreisbüro boten sich dem Tübinger Jurastudenten dabei verschiedenste Einblicke durch Gespräche mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern bis hin zu Presseterminen oder Fachgesprächen zu vielfältigen Themen. Die darauffolgende Berlinwoche ergänzte dies mit einem spannenden Strauß von Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen sowie Plenumsbesuchen bis hin zur Podiumsdiskussion „Herausforderung China“. Besondere Highlights waren dabei für ihn wie für mich das Sommerfest des BITKOM und das Classic Open Air am Gendarmenmarkt.

## Brief aus Berlin



### Haushaltentwurf 2016 beschlossen – Schwarze Null steht



**Berlin** – Auch im kommenden Jahr wird der Bundeshaushalt ohne neue Schulden auskommen. Die „schwarze Null“ steht – auch im Finanzplan bis 2019. Der Bund wird in allen Jahren des Finanzplanungszeitraums keine neuen Kredite aufnehmen. Damit hält der Bund an

seiner soliden und verlässlichen Haushaltspolitik fest. Bereits im Haushaltsvollzug 2014 und im Haushaltsplan 2015 wurde der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung erreicht. Als Bildungs- und Forschungspolitiker freue ich mich ganz besonders darüber, dass für meinen

Bereich mit 16,4 Milliarden Euro so viele Mittel wie nie zuvor für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen.

Das Konrad-Adenauer-Haus hat die zentralen Punkte in einem Flugblatt zusammengefasst, das es hier zum Herunterladen gibt: <http://bit.ly/1CPZZQx>

### 65. Treffen der Nobelpreisträger in Lindau



Bundespräsident Joachim Gauck und Gastgeberin Gräfin Bettina Bernadotte inmitten der versammelten Nobelpreisträger

**Lindau** – Spannend war es am Sonntag, 28. Juni, bei der Eröffnung der 65. Nobelpreisträger-Tagung in Lindau. Zur Feier des Tages waren auch Bundespräsident Joachim Gauck und natürlich Gastgeberin Gräfin Bettina Bernadotte gekommen. Nach der Eröffnungszereemonie mit Einzug der 65 anwesenden Nobelpreisträger gab es ein

wunderbares Konzert mit dem Bläserensemble der Wiener Philharmoniker und ein Galadinner am Seeufer in Schachen. Beeindruckend auch die Gespräche, die ich mit den Spitzenwissenschaftlern der verschiedenen Fachrichtungen führen konnte. Vieles davon werde ich in meine tägliche Arbeit als Fachpolitiker für Forschung mitnehmen.

### Patenschaft für Paula Körber



Zusammen mit Paula Körber

**Stuttgart** – Die Globalisierung und die Vernetzung aller Teile der Welt bringen die Länder und ihre Völker immer dichter zusammen. Dennoch ist der Weg über den großen Teich für ein ganzes Schuljahr ein weiter Sprung

*Wer Interesse hat, selbst an diesem tollen Austauschprogramm teilzunehmen, findet hier weitere Informationen: [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp)*

mit vielen Erfahrungen und großen Erlebnissen für jede Schülerin und jeden Schüler. Es ist mir daher eine große Freude, im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Bundestags und des amerikanischen Kongresses Pate von Paula Körber zu sein. Ich wünsche ihr eine schöne Zeit in den USA mit unvergesslichen Erinnerungen und Eindrücken.

### Vortrag beim Günter Rinsche-Kreis der KAS



**Stuttgart** – Vergangene Woche war ich beim Günter Rinsche-Kreis der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eingeladen, um einen Vortrag zum Thema „Schwieriges Pflaster: Wie begegnen Volksparteien in Großstädten ihren Metropolen-, Image- oder Kandidatenproblemen?“ zu halten und anschließend an einer interessanten und aufschlussreichen Diskussion teilzunehmen. Ich habe dabei eine Lageanalyse über die verbesserungswürdige Situation der CDU in den deutschen Großstädten vorgenommen. Allerdings habe ich auch gezeigt, dass

unsere Partei großes Potential und gute Chancen hat, die Lage zu verbessern und notwendige Kurswechsel herbeizuführen. Die Runde brachte ebenfalls viele Ideen und Lösungsansätze, um Bürgerinnen und Bürger in der Großstadt eine attraktive und menschnahe Politik zu bieten. Jenseits der alltäglichen örtlichen Herausforderungen führt der Günter Rinsche-Kreis, angesiedelt bei der Kommunalakademie der KAS, einen langfristigen Dialog über die christlich-demokratische Handschrift in der kommunalen Selbstverwaltung. Namensgeber Günter Rinsche war seinerzeit jüngster Oberbürgermeister Deutschlands, Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneter sowie Vorsitzender der KAS. Er plädierte stets eindrucksvoll für das Subsidiaritätsprinzip und den Integrationsgedanken.

### Jahresempfang der THW Ortsgruppe Stuttgart



**Stuttgart** – Letzte Woche habe ich den Jahresempfang des THW Stuttgart besucht und ein kurzes Grußwort gehalten. Dort wurden drei höchst verdiente Jubilare ausgezeichnet. Herr Nuspler (4.v.l.), Herr Kiess (5.v.l.) und

Herr Steiner (6.v.l.). Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für das langjährige herausragende Engagement. Auch mit dabei: Erster Bürgermeister Michael Föll (rechts), Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz, die Bundestagskolleginnen Karin Maag und Ute Vogt sowie Landtagskollegin Brigitte Lösch (3.v.l.). Danke an den Ortsbeauftragten Jürgen Löhmann und seine Helferinnen und Helfer für ihren großen ehrenamtlichen Einsatz!

## Brief aus Berlin



### 25 Jahre Uni Hohenheim und Hebrew University

**Stuttgart** – Am vergangenen Mittwoch, den 8. Juli, durfte ich am Geburtstags-Workshop anlässlich der 25-jährigen Zusammenarbeit der Universität Hohenheim mit der Hebrew University of Jerusalem im Schloss Hohenheim teilnehmen.



Auf dem Bild bin ich mit der Delegierten des Jüdischen Nationalfonds e.V. – Keren Kayemeth Lelsrael für Bayern und Baden-Württemberg, Katja Tsafir, und Filip Rosenstein von der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg zu sehen.

### Besuch bei WALA in Bad Boll

**Bad Boll** – Am 6. Juli besuchte ich einen der größten Hersteller anthroposophischer Arzneimittel und von Naturkosmetik in Europa. Die WALA Heilmittel GmbH in Bad Boll beschäftigt mehr als 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und erwirtschaftet einen



Jahresumsatz von rund 130 Millionen Euro. Das Unternehmen fördert weltweit biologisch-dynamische Anbauprojekte. Am Hauptsitz in Boll arbeiten 45 Forscherinnen und Forscher. Auf dem Bild bin ich im firmeneigenen Labor zu sehen.

### 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte

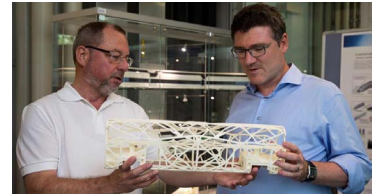


**Stuttgart** – Viele engagierte Läuferinnen und Läufer haben beim diesjährigen 24-Stunden-Lauf für Kinderrechte bei Temperaturen jenseits der dreissig Grad ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Das Team der CDU erreichte den 15. Platz unter 38 Teams – mit 1155 gelaufenen Runden und damit 462 km.

Danke an alle Mitläuferinnen und Mitläufer! Ein ganz besonderes Dankeschön geht an das CDU-Event-Team um Angelika Sauer, Bianka Durst und Andrea Mathiasch. Die Idee des 24-Stunden-Laufs: Pro erlaufene Runde – in diesem Jahr waren es 40.076 – wird von Sponsoren ein gewisser Betrag für verschiedene Stuttgarter Kinderrechtsprojekte gespendet. In diesem Jahr werden Initiativen unterstützt, die benachteiligte Flüchtlingskinder fördern. Ich freue mich schon heute auf den Lauf im kommenden Jahr!

### Besuch des DLR in Stuttgart-Vaihingen

**Stuttgart** – Am Dienstag, 7. Juli habe ich den Standort Stuttgart des Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) besucht. Bei meinen Gesprächen ging es um aktuelle Themen aus der Energie- und Verkehrsforschung



Spannende Informationen zur Arbeit des DLR gibt es hier: [www.facebook.com/DLRde](http://www.facebook.com/DLRde)

sowie um Hochleistungsstrukturen aus Verbundwerkstoffen. Spannend war unter anderem das Projekt Hybridkraftwerk. Die Institute für Technische Thermodynamik und Verbrennungstechnik



arbeiten gemeinsam daran, eine Mikrogasturbine mit einer Hochtemperaturbrennstoffzelle zu koppeln. Diese beiden Komponenten ergänzen sich optimal und erreichen so ein Maximum an Effizienz. Mit Hilfe eines solchen Kraftwerks könnten in naher Zukunft beispielsweise Häuserblocks oder kleine Industriebetriebe flexibel und vor Ort mit Strom und Wärme versorgt werden.

### 62. Europäischer Schülerwettbewerb

**Stuttgart** – Auf Einladung der Europa-Union haben auch in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler aus 15 Stuttgarter Schulen am Europäischen Schülerwettbewerb teilgenommen und Arbeiten über die Idee Europas eingereicht. Von Bildern reisender Drachen der Jüngsten bis hin zu Collagen und Plakatentwürfen der

Oberstufenschüler reichten die Arbeiten, die im Rahmen eines kleinen Festaktes im Mittleren Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses prämiert wurden. Wenn man erlebt hat, mit welcher Begeisterung die Schülerinnen und Schüler dabei sind und über ihre Bilder sprechen, muss einem um Europa nicht bange sein.

### Gemeinsames Fastenbrechen

**Stuttgart** – Auf Einladung des türkischen Generalkonsuls Ahmet Akinti nahm ich am traditionellen muslimischen Fastenbrechen teil. Während dem muslimischen Fastenmonat Ramadan bildet das Fastenbrechen gemeinsam mit dem Abendgebet bei Einbruch der Dunkelheit



den abendlichen Abschluss eines Fastentages. Ich habe mich sehr über die Einladung gefreut. Viele Muslime nutzen die Gelegenheit, auch im nachbarschaftlichen Umfeld zum Fastenbrechen einzuladen. So war ich zwei Tage zuvor bei Familie Yildiz in Stuttgart-Dürrelewang zu Gast.